

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft vom 18. Oktober 2023
– Drucksache 17/5619**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Änderung der Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle
COM(2023) 420 final (BR 481/23)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 18. Oktober 2023 – Drucksache 17/5619 – Kenntnis zu nehmen.

25.10.2023

Die Berichterstatterin:

Catherine Kern

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 17/5619, in seiner 25. Sitzung, die als gemischte Sitzung mit Videokonferenz stattfand, am 25. Oktober 2023.

Abg. Bernd Mettenleiter GRÜNE trug vor, in der Mitteilung Drucksache 17/5619 sei vieles aufgelistet, was den Handlungsbedarf im Textil- und Lebensmittelbereich aufzeige. Hier gehe es um den ökologischen Fußabdruck, die Ernährungssicherheit, den Wasserverbrauch und vieles mehr. Es seien auch Maßnahmen vorgeschlagen.

Zum einen sei es wichtig und richtig, dass bestehende Systeme, z. B. beim Wiederverwerten von Kleidungsstücken, in das künftige System integriert würden.

Zum anderen werde ähnlich wie bei der kommunalen Abwasserrichtlinie auch hier auf eine erweiterte Herstellerverantwortung verwiesen. Diese werde bei denjenigen, die die Produkte in Verkehr brächten, mit 0,6 % der Kosten zu Buche schlagen. Wenn bedacht werde, dass 30 bis 50 % der Kosten eines Fitnessschuhs für das Marketing anfielen, dann seien 0,6 % für die erweiterte Herstellerverantwortung,

Ausgegeben: 2.11.2023

die vor dem Hintergrund der Kreislaufwirtschaft sehr wichtig sei, eigentlich nachrangig.

Im Bereich der Lebensmittelabfälle würden die im EU-Vorschlag vorgesehenen Maßnahmen zu Einsparungen bei den Lebensmittelausgaben in Höhe von durchschnittlich 439 € pro Haushalt und Jahr führen. Das sei durchaus ein bedeutender Aspekt.

Des Weiteren fragte er, was genau unter dem folgenden Satz zu verstehen sei:

Der Vorschlag der Kommission enthält darüber hinaus den Ausschluss von Kohlendioxid, das für Zwecke der geologischen Speicherung abgedichtet und transportiert sowie gemäß der Richtlinie 2009/31/EG geologisch gespeichert wird, vom Anwendungsbereich der Abfallrahmenrichtlinie.

Abg. Sabine Hartmann-Müller CDU legte dar, es sei durchaus sinnvoll, dass in den ressourcenintensiven Bereichen Lebensmittel und Textilien durch die EU eine Verringerung der Umwelt- und Klimafolgen angestrebt werde. Das Land unternehme zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung schon große Anstrengungen. Auch seien bereits Strukturen zur Altkleidersammlung aufgebaut worden, bei denen in der Regel gemeinnützige Organisationen tätig seien. Hier sei zu diskutieren, wie diese in das neu zu schaffende System integriert würden.

Kritisch zu bemerken sei, dass die angestrebten Maßnahmen einen weiteren Bürokratieaufwand mit sich brächten. So sollten im Bereich Textilien ein Herstellerregister sowie die Pflicht der Hersteller zur Registrierung eingeführt werden. Die Hersteller seien zur Teilnahme an dem System der erweiterten Herstellerverantwortung und Ökomodulation verpflichtet. Im Bereich Lebensmittel gebe es eine Berichts- und Monitoringpflicht.

Abg. Sebastian Cuny SPD brachte vor, es sei wichtig, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Genau hier gebe der Richtlinienentwurf im Bereich der Textilien und der Lebensmittel wichtige Impulse.

Bei den Textilien sei es wichtig, weg von der Fast Fashion hin zur Fair Fashion zu kommen. Das werde nur gelingen, wenn die Produzentinnen und Produzenten für den Müll, den sie produzierten, auch Verantwortung übernehmen müssten. Durch eine höhere Qualität und eine Langlebigkeit der Kleidungsstücke werde Abfall reduziert.

Bei der Lebensmittelverschwendung würden klare Ziele definiert, die jedoch hinter den Forderungen des Parlaments zurückblieben. Wie bereits angeführt worden sei, sei Klimaschutz zum Vorteil der Menschen. Dass Privathaushalte bei der Reduzierung der Lebensmittelverschwendung jährlich eine Ersparnis in Höhe von 439 € hätten, sei ein klares Zeichen.

Abg. Julia Goll FDP/DVP wies darauf hin, sie beschränke ihre Ausführungen auf das Thema Textilien, das ihres Erachtens eine tiefer gehende Betrachtung verdiene. Ausweislich der Mitteilung Drucksache 17/5619 fänden gerade im Textilbereich zwischen 70 und 80 % des Ressourcenverbrauchs und des Treibhausgasanfalls außerhalb der EU statt. Da werde ein Stück weit auf Kosten der anderen gelebt. Das müsse klar sein.

Sie sehe große Schwierigkeiten, was die Integration der bereits bestehenden Strukturen der Altkleidersammlung in das neu zu schaffende System betreffe. Denn das bestehende System beruhe auf der wirtschaftlichen Vermarktung von noch tragbaren Textilien, wogegen im Grunde auch nichts einzuwenden sei. Doch hätten diejenigen, die diese Container unterhielten, kein Interesse daran, dass Textilien, die nicht wiederverwertet – im Sinne von wieder getragen – werden könnten, also Alttextilien, in ihren Containern landeten, weil sie diese dann mühsam aussortieren müssten. Aber genau diese Textilien brauche es, und genau diese Textilien sollten nicht in der Mülltonne landen, wie sie es im Moment, jedenfalls nach Vorstellung der Betreiber dieser Container, täten. Da sei ein Umdenken erforderlich. Sie sehe noch nicht, wie da eine Integration ins bestehende System gelingen könne. Sie bat daher um Auskunft, ob nicht schon vor 2025, wenn dann auch Alttextilien gesammelt werden müssten, in dem System etwas angestoßen werden sollte.

Abg. Emil Sänze AfD äußerte, das entscheidende Momentum sei der Bürger, der Konsument. Wenn dieser sich nicht ändere, werde sich gar nichts ändern. Dann verlagerten sich nur die Wege. Es könne sehr viel Einfluss mit viel Bürokratie für die Wirtschaft entwickelt werden. Aber es müsse einem auch bewusst sein, dass diese damit aus Europa vertrieben werde. Die Textilwirtschaft sei schon einmal vertrieben worden. Wenn jetzt die Landwirtschaft noch dazukomme, dann frage er sich, wohin das führen solle. Bei allem, was die EU entwickle, sollte Maß und Mitte im Blick behalten werden. Es sollten nicht immer von oben herab gesteuerte Maßnahmen getroffen werden.

Im Übrigen seien Abfallwirtschaftskreisläufe gar nicht so unbekannt. Selbst in der jungen Bundesrepublik habe es diese schon gegeben. Da habe es den Lumpensammler auf dem Dorf gegeben. Wenn Knappheit entstehe, werde sich das alles von selbst regulieren. Auf diesem Weg sei Deutschland bedauerlicherweise.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sagte zu, die Antwort auf die von Herrn Mettenleiter gestellte Frage nachzuliefern.

Sie fuhr fort, was die Frage von Frau Goll betreffe, so gebe es im Grunde keine konkrete Vorgabe, wie die Systeme umzusetzen seien. Jede Gemeinde könne selbst darüber entscheiden. Das Ministerium sehe auch keinen Grund, den Gemeinden vorneweg irgendetwas vorzugeben. Aktuell könnten Alttextilabfälle z. B. auch zum Recyclinghof gebracht werden. Es gebe bereits bestehende Systeme.

Abg. Julia Goll FDP/DVP zeigte auf, der Bürger werde das einzelne T-Shirt mit Loch wahrscheinlich nicht extra weit weg zum Recyclinghof fahren, wenn das derzeit die einzige Möglichkeit sei.

Sie sehe das Problem tatsächlich in dem derzeit bestehenden Interessenkonflikt. Momentan habe eigentlich niemand ein Interesse daran, dafür zu werben, dass Textilien, deren Fasern noch zu gebrauchen seien, einer Wiederverwertung zugeführt werden sollten.

Die Vertreterin des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erklärte, dafür gebe es tatsächlich einen Markt. Es gebe die Altkleidercontainer und Secondhandläden. Es bestehe bei den Bürgerinnen und Bürgern definitiv ein Interesse daran, ihre noch gebrauchsfähigen Altkleider weiterzugeben.

Abg. Julia Goll FDP/DVP machte darauf aufmerksam, sie sei missverstanden worden. Sie habe von den nicht mehr tragbaren Textilien gesprochen, deren Fasern aber noch gut verwertbar wären und die künftig auch separat gesammelt werden sollten.

Vorsitzender Willi Stächele hielt fest, auch diesbezüglich werde vom Ministerium eine kurze Antwort nachgeliefert.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/5619 Kenntnis zu nehmen.

31.10.2023

Catherine Kern